

Protokoll der Bürgerversammlung **Stuttgart - Weilimdorf**

Datum	18. Mai 2015
Beginn	19:00 Uhr
Ende	21:35 Uhr
Ort	Lindenbachhalle, Solitudestr. 243

Vorsitz	Oberbürgermeister Kuhn
Protokollführung	Frau Dünkel-Mutschler

I. Begrüßung durch die Bezirksvorsteherin

Bezirksvorsteherin Zich heißt alle Weilimdorferinnen, Weilimdorfer und Gäste zur Bürgerversammlung für den Stadtbezirk Weilimdorf mit den Stadtteilen Bergheim, Giebel, Hausen, Weilimdorf, Weilimdorf-Nord und Wolfbusch auf das Herzlichste willkommen.

Sie freue sich mit den Weilimdorferinnen und Weilimdorfer, Herrn Oberbürgermeister Kuhn in der Lindenbachhalle begrüßen zu dürfen.

Sie stellt das Podium vor und begrüßt die Beigeordneten für das Referat Städtebau und Umwelt Herrn Bürgermeister Matthias Hahn, für das Technische Referat Herrn Bürgermeister Dirk Thürnau, für das Referat Kultur, Bildung und Sport Frau Bürgermeisterin Dr. Susanne Eisenmann, für das Referat Recht, Sicherheit und Ordnung Herrn Bürgermeister Dr. Martin Schairer, für das Referat Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bürgermeisterin Isabel Fezer und für das Referat Allgemeine Verwaltung und Krankenhäuser Herrn Bürgermeister Werner Wölfle.

Bundestagsabgeordnete Frau Karin Maag lasse sich heute wegen der Sitzungswoche in Berlin entschuldigen. Namentlich begrüßt sie das Mitglied der Regionalversammlung Herrn Jochen Lehmann und die Stadträtinnen und Stadträte des Gemeinderats Frau Ilse Bodenhöfer-Frey (FW), Herrn Thomas Fuhrmann (CDU), Herrn Bernd Klingler (Fraktionssprecher der AfD), Herrn Martin Körner (Fraktionssprecher der SPD), Herrn Udo Lutz (SPD), Frau Gabriele Munk (B'90/DIE GRÜNEN), Frau Clarissa Seitz (B'90/DIE GRÜNEN), Frau Judith Vowinkel (SPD) und Herrn Jürgen Zeeb (Fraktionssprecher der FW). Sie begrüßt weiter ihre die Bezirksvorsteherkollegen Herrn Gerhard Hanus vom Stadtbezirk Zuffenhausen und Herrn Wolfgang Stierle vom Stadtbezirk Botnang. Desweiteren begrüßt sie die Mitglieder des Bezirksbeirats mit den Mitgliedern für Migration und Integration, die Mitglieder des Jugendrats und die Delegierten des Stadtseniorenrates. Die Vertreter der Kirchen, der Schulen, der Polizei, der Vereine und Organisationen, der politischen Parteien, des Gewerbes,

Handels und Dienstleistung und alle, in den Zukunftsoffensiven Weilimdorf und der Soziale Stadt Giebel Engagierten sowie die zahlreichen ehrenamtlichen Tätigen aller Gruppierungen und Initiativen, die sich zum Wohle dieses Stadtbezirks und seiner Bewohnerinnen und Bewohner in hohem Maß einsetzen. Sie grüßt alle Kolleginnen und Kollegen aus der Stadtverwaltung und den Beteiligungsunternehmen. Ihr Gruß gilt auch den Vertretern der Presse, die schon im Vorfeld zur Bürgerversammlung berichtet haben.

Jeder der Anwesenden habe, wenn er an den Stadtbezirk Weilimdorf und seine Stadtteile denke, ein eigenes Bild vor Augen. Jedem falle sicher eine Menge dazu ein, was uns an Weilimdorf besonders begeistere, aber auch, was uns weniger gut gefalle, was wir erhalten, verhindern oder zum Besseren verändern wollen.

In der Einladung zur heutigen Bürgerversammlung sei sie auf verschiedene Projekte und Vorhaben eingegangen, die seit der letzten Bürgerversammlung 2008 umgesetzt oder auf den Weg gebracht wurden oder in Vorbereitung gegangen sind.

Einige Themen haben sich zwischenzeitlich aktualisiert: so wurde die Betriebsträgerschaft der Interimskindergärten Hohenfriedberger Straße an „Himpelchen und Pimpelchen“ und in der Solitudestraße (hinter dem Blick Solitude) an die Jugendhausgesellschaft vergeben. Die Trägerschaft zur Betreuung von Flüchtlingen wurde für den Standort Solitudestraße an die EVA und in der Steinröhre der Arbeiterwohlfahrt zugeordnet.

Die im Bericht angekündigte Gründung des Flüchtlingskreises Weilimdorf zur Begleitung der Flüchtlinge in den geplanten Unterkünften wird diesen Donnerstag, dem 21. Mai ab 18 Uhr im Sitzungssaal des Bezirksrathauses stattfinden. Die Veranstaltung ist öffentlich und sie lade hierzu alle herzlich ein. Sie informiert, dass das Kultusministerium 10 Schulen, darunter die Maria Montessori Schule im Stadtteil Hausen, zur Kulturschule 2020 ernannt habe, wozu sie sehr herzlich gratuliere. Sie weist darauf hin, dass pünktlich zur heutigen Bürgerversammlung der Stadtbezirks Flyer und die Neuauflage der Fahrradkarte für Weilimdorf herausgekommen sind. Die Flyer und Karten liegen im Eingangsbereich aus und können auch im Bezirksamt abgeholt werden. Die von Bürger/-innen über das neu eingeführte Online-Beteiligungsverfahren gestellten Fragen werden direkt auf dem Online-Portal beantwortet.

Sie dankt allen, die zum Gelingen der heutigen Veranstaltung beitragen, insbesondere den Vereinen und Organisationen, die sich im Foyer präsentieren, der Freiwilligen Feuerwehr Jugend, die für die Getränke sorgen und dem DRK Bereitschaftsdienst für den Sanitätsdienst. Sie dankt weiter ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bezirksamts, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der städtischen Ämter und ganz besonders Frau Huber vom Haupt- und Personalamt.

Zum Wohle des Stadtbezirks sei ein verstärktes Zusammenwirken von Politik, Verwaltung und Bevölkerung unabdingbar. Bei allen Wünschen und Ideen bedürfe es aber auch des Willens und der Bereitschaft, sich selbst aktiv zu beteiligen, auf einander zuzugehen und sich über die Generationen, Nationalitäten und gesellschaftlichen Schichten hinweg gegenseitig anzunehmen und zu unterstützen – auch voneinander zu lernen. Ihr Dank gelte deshalb all denen, die das Gemeinwesen in unserem Stadtbezirk in den verschiedensten Bereichen ehrenamtlich und monetär unterstützten. Ihre Leistung trage das lebendige menschliche Miteinander, das diesen Stadtbezirk auszeichne. Heute seien alle gekommen, um sich mit der Verwaltungsspitze der Stadt auszutauschen, sie übergebe nun das Mikrophon an Herrn Oberbürgermeister Fritz Kuhn.

II. Rede von Oberbürgermeister Kuhn

Herr Oberbürgermeister Kuhn begrüßt Frau Bezirksvorsteherin Zich und alle Weilimdorfer Bürgerinnen und Bürger.

Er wolle vorausschicken, er sei erst gestern Nacht aus Australien zurückgekehrt. Dort konnte er sich mit Stuttgart gegen Rotterdam durchzusetzen, die Turner-WM 2019 werde wieder in Stuttgart stattfinden, wo sie eigentlich auch hingehöre, teilte er unter großem Beifall mit.

Er führt aus, Weilimdorf habe mit Stand 31.12.2014 31.307 Einwohner, der Stadtbezirk wachse in ähnlichem Verhältnis wie die Gesamtstadt. Nach Bad Cannstatt, Vaihingen und Zuffenhausen sei Weilimdorf der viertgrößte Außenstadtbezirk. Weilimdorf verfüge verglichen mit anderen Bezirken über eine gute Infrastruktur. Ein hoher Wohnwert, gute Naherholungsgebiete, gute Erschließung mit der U6 und U13, der S6 und S60 im Gewerbegebiet Nord, und der A81 sei vorhanden. Im Weilimdorfer Gewerbegebiet arbeiten 12.000 Menschen, viele bekannte Firmen wie z.B. Siemens, Vector und der Dämmstofffabrikant Bauder sind dort ansässig.

Das Durchschnittsalter in Weilimdorf liegt mit 42,9 Jahren etwas über dem städtischen Durchschnitt. Weilimdorf werde wie alle Stadtbezirke damit etwas älter. Wichtig sei der Anteil der Haushalte, in denen Kinder leben; dieser liege mit 23 % in Weilimdorf deutlich höher als der städtische Durchschnitt von 17,5 %. Es gebe hier deutlich mehr Kinder als in anderen Stadtbezirken. Dies sei sehr wohl positiv. Des Weiteren habe Weilimdorf noch vier Vollerwerbsbauern. Dies müsse versucht werden zu erhalten und man müsse sich um deren Belange kümmern. Er bekomme Beschwerden der Bauern über Hundekot am Rande und auf den Äckern. Auch die Lösung dieser Probleme sei wichtig für eine gute Landwirtschaft.

Er betont, mit Frau Bezirksvorsteherin Zich, die schon lange im Stadtbezirk tätig sei, habe Weilimdorf eine sehr engagierte Bezirksvorsteherin. Sie genieße sowohl in der Bevölkerung als auch in der Stadtverwaltung hohes Ansehen. Er nenne dies nicht im Rahmen der Vorstellung sondern ausdrücklich zu Ehren von Frau Zich.

Heute werden verschiedene Themen wie z.B. die Umgestaltung des Löwen-Marktes erörtert. Ein weiteres Thema werden Gemeinwesensräume für Vereine und Organisationen sein, hierbei merkt er an, Weilimdorf habe im Vergleich zur Gesamtstadt bei den Gemeinwesensräumen ein Minus zu verzeichnen. Es müsse eine Verbesserung angestrebt werden. Räume für Menschen, die sich für den Stadtbezirk ehrenamtlich engagieren wollen, müssen in ausreichender Zahl vorhanden sein. In diesem Zusammenhang spiele auch die Sanierung des Alten Rathauses eine Rolle.

Hauptproblem sei, wie in jedem Stuttgarter Stadtbezirk, der Verkehr. Dieser sei punktuell zu viel; als Beispiel nennt er die Bergheimer Steige und den Vicinalweg. Hier müsse auf Abhilfe geschaut werden. Jetzt im Herbst finden die Haushaltsberatungen 2016/2017 statt. Dabei werde sich im Kontext mit allen anderen Stadtbezirken entscheiden, wo die Schwerpunkte gelegt werden können. Insofern sei der Zeitpunkt der Bürgerversammlung gut gewählt, da die Anmeldungen bei den Fraktionen und auch bei ihm nicht ohne Eindruck bleiben werden. Es sei ihm wichtig, deutlich zu sagen, dass Stuttgart eine sehr hohe Lebensqualität biete, insbesondere wenn man sie im Vergleich mit anderen Großstädten betrachtet. Die Angebote im kulturellen Bereich, im Bildungsbereich und im sportlichen Bereich und auch die wirtschaftliche Stärke Stuttgarts solle bei allem nicht vergessen werden. Natürlich werde über viel Negatives gesprochen, dabei solle das viele Positive nicht aus den Augen verloren werden. Er weist auf drei widerkehrende Probleme hin: Das eine sei das Verkehrsproblem auf der Straße. Dies sei politisch nicht einfach zu handhaben, da Stuttgart eine Automobilstadt ist, die einen nicht unerheblichen Teil an Wohlstand durch die Automobilin-

dustrie und deren Zulieferer erfahre. Trotzdem sei das Verkehrsaufkommen teilweise zu hoch, auch bedingt aus dem Verkehr der Region. Dieses Problem der Luftqualität und der Staus werde angepackt, es sei jedoch nicht konfliktfrei. Es müsse mehr getan werden für den ÖPNV, für die Stadtbahn und Busse. Aufgrund der topographischen Lage mit Bergen und Hügeln habe der Fahrradverkehr, insbesondere durch die Pedelecs, an Bedeutung gewonnen. Auch müsse mehr getan werden für die Menschen, die an Straßen wohnen und mit Feinstaub belastet werden. Ein großes Thema, an dem gearbeitet werden müsse, sei die Feinstaubbelastung in der Kessel-lage. Verkehr vernünftig und urban zu gestalten, ist eine Herausforderung für diese Stadt, dem wir uns voll stellen. Auch die fehlenden Parkmöglichkeiten in den Außenbezirken seien bekannt.

Das zweite wiederkehrende Kernproblem sei das Wohnen. Bezahlbarer Wohnraum für Familien mit Kindern fehle in Stuttgart. Daher flüchten viele Familien in die Region und kehren als „Verkehr“ nach Stuttgart zurück. Deshalb sei es notwendig, mehr Wohnraum zu bauen und wichtig, wieder in den Sozialen Wohnungsbau einzusteigen.

Als dritten wichtigen Punkt spricht er die Flüchtlingsthematik an, die in Stuttgart sehr gut gelöst werde. Es kommen mehr Flüchtlinge als in den letzten Jahren. Die Zuwachszahlen steigen. Bei der Frage der Flüchtlingsunterbringung können wir bislang erfreulicherweise auf dem Stuttgarter Weg bleiben, der eine dezentrale Unterbringung in nicht zu großen Einrichtungen und keine Unterbringung in Turnhallen oder Containern im großen Stil beinhaltet. Die neu gebauten Unterkünfte haben einen guten Standard. Desweiteren werde darauf geachtet, dass Bürgergruppierungen aus der Zivilgesellschaft im Vorfeld vorhanden sind, die die Flüchtlinge auch empfangen und sie unterstützen, wie z.B. Vereine und Sportvereine, sowie kirchliche und bürgerliche Gruppen aller Art. Dadurch können die Flüchtlinge konkrete Hilfe in ihrer Not vom ersten Tag erfahren. In anderen Gemeinden gründen sich Flüchtlingskreise erst nach ein paar Monaten nach Ankunft der Flüchtlinge, dies sei in Stuttgart nicht der Fall. Dadurch werde vermieden, dass sich Vorurteile im Vorfeld aufbauen können. Er möchte sich an dieser Stelle ausdrücklich bei allen bedanken. Hier zeige sich, dass Stuttgart dieses Problem lösen könne. Er habe aber auch Verständnis, dass die Anwohner und direkten Nachbarn von Flüchtlingsunterkünfte nicht begeistert seien. Er bitte in der Summe alle Bürgerinnen und Bürger auch dafür Verständnis zu haben, dass die Stadt die Flüchtlinge unterbringen muss. Es sei hier eine gesetzliche Auflage zu erfüllen. Per Gesetz mit entsprechendem Schlüssel werden Stuttgart die Flüchtlinge zugewiesen. Die zuständige Bürgermeisterin Frau Fezer erfahre oftmals erst am Montag wie viel Flüchtlinge am Freitag ankommen. Dies erfordere eine vorausschauende Politik. Es müssen Unterbringungsmöglichkeiten umgesetzt werden, die teilweise erst im nächsten Jahr benötigt werden. Klar sei ihm, dass dies keine einfache Angelegenheit sei. Er appelliere nochmals, die Stadt erfülle ihre gesetzliche Pflicht und es sei klüger, die Flüchtlinge gut unterzubringen. Durch eine schlechte Unterbringung würden die Spannungen nur steigen.

Ein weiteres wichtiges Thema und Anliegen sei die Energiewende. In Berlin sei beschlossen worden, aus der Atomenergie auszusteigen. Der Weg dorthin überzeuge ihn bislang nicht restlich, denn man komme bei dem Leitungsbau – Strommasten vom Norden nach Süden – bislang nicht weiter. Er verweist auf den am Vortag vorgelegten Vorschlag der Bayerischen Landesregierung, die Stromleitungen, die durch Bayern gehen, durch Baden-Württemberg zu führen. Diese Vorschläge helfen niemanden weiter. Fakt ist, wenn wir den Strom von dem energiereichen Norden in den Süden transportieren wollen, brauchen wir Stromleitungen, die von Nord nach Süd führen. Beim beschlossenen Atomausstieg herrsche gleichwohl Konsens, dass die-

ser nicht durch größere Nutzung der Kohleenergie erreicht werden solle. Denn die Kohlewirtschaft ist schädlich für den Klimaschutz. Man könne nicht die Atomenergie als Pest abschalten und die Kohleenergie als Cholera wieder aufleben lassen. Dies sei absurd. Aus diesem Grund gebe es zwei Optionen: die eine sei, Energie sparen, wo es nur irgendwie gehe. Denn jede Kilowattstunde, die man nicht verbrauche, müsse nicht erzeugt werden. Hauptquelle für eine intelligente Gesellschaft ist zum einen bereits Einsparungen in Wärme und Energie zu erzielen, und zum anderen die erneuerbare Energiequellen zu nutzen: Wind, Sonne, Geothermie und Sonnenkollektoren zur Warmwasseraufbereitung und alles, was wir ohne Verbrennung fossiler Quellen verwenden können. Auch in Stuttgart könne dies unter dem Schlagwort Urbanisierung der Energiequelle umgesetzt werden. Dies heißt, dass wir auch in einer Stadt – auch in einer Industriestadt – den Strom und die Energie so erzeugen, dass wir am Ende z.B. 2050 ausschließlich mit erneuerbaren Energien auskommen. Bisher ist die Energiewende eine Veranstaltung von kleinen Gemeinden im ländlichen Raum. Dort können leichter Windkraftanlagen errichtet und u. a. mit Biogasanlagen gearbeitet werden. Deshalb gebe es in Deutschland schon kleine Gemeinden, die 120 % Energieerzeugung vorweisen können. Sie erzeugen damit mehr Strom und Wärme als sie selbst benötigen. In den Städten ist man davon leider noch sehr weit entfernt. Bei der Energieeinsparung habe Stuttgart bis 2020 das Ziel von 20 % Einsparung. Hier stehe man derzeit bei einer Einsparung von 14 %. Somit habe man noch fünf Jahre Zeit, um dieses Ziel zu erreichen. Verglichen werde immer der Stand aus 1990: Die Nutzung erneuerbarer Energien soll 10 bis 20 % sein, hier stehe man derzeit bei 10 %. D. h. wir haben insbesondere bei den erneuerbaren Energien in den nächsten fünf Jahren einen empfindlichen Bedarf, einen Zuwachs zu erreichen. Das Ziel 2020 sei nur ein Etappenziel, danach beginnen weitere Anstrengungen und Bestrebungen. Vor dieser Debatte und diesem Hintergrund entstand die Auseinandersetzung zum Antrag der Stadtwerke, die im Tauschwald Windkraftträder erstellen wollen. Er betont, der Tauschwald sei das einzige Gebiet im Stadtbezirk, auf dem dies überhaupt realisiert werden könnte. Das Gebiet in Vaihingen stehe aus Flugsicherheitsgründen nicht zur Verfügung, da sich in der Nähe der Flugplatz befindet. Aus dem Grunde werde mit knappster Mehrheit im Gemeinderat nun geprüft, ob die Windräder im Tauschwald im Hinblick auf Denkmalschutz, Landschaftsschutz und emissionschutzrechtliche Belange errichtet werden dürfen. Er betont, es ist eine ergebnisoffene Prüfung. Als Gründungsmitglied der Grünen seien ihm auch Naturschutzbelange wichtig. Gerne prüfe er auch nochmals die Wirtschaftlichkeit. Die Wirtschaftlichkeit hänge vom Anlagentyp ab. Geld verbrennen mit unwirtschaftlichen Anlagen brauche man in Stuttgart nicht. Da können sich alle sicher sein. Wir befinden uns in einer Abwägung, die Energiewende zu schaffen oder durch Kohle das Klima zu zerstören. Viele Tierarten sterben, wenn die Klimaerwärmung so weiter gehe. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke wurde beauftragt auch Alternativenergien zu eruieren. D. h., Alternativen zu den beiden Windrädern im Tauschwald aufzuzeigen, wie man mit Alternativen und gleichem Investment entsprechend Energie einsparen oder mit erneuerbaren Energien Strom erzeugen könne. Daran könne die Glaubwürdigkeit seiner Aussagen überprüft werden. Er setze mit der Überprüfung in Gang, ob es auch andere Möglichkeiten gebe. Die Alternativen werden nicht einfach, denn um für 5.000 Haushalte Energie zu gewinnen, werde z. B. Photovoltaik auf 3.000 Dächern benötigt. Er bitte insbesondere alle Personen der Bürgerinitiative, die sich gegen Windräder im Tauschwald aussprechen, sich aktiv zu beteiligen bei der Frage, ob es einen überprüfbaren Plan geben kann, um einen vergleichbaren alternativen Energiezuwachs in diesem Gebiet zu erreichen. Er stehe Gesprächen jeder Zeit zur Verfügung.

Der Stadtbezirk Weilimdorf sei in seiner Qualität zu erhalten, dafür stünde die Stadtverwaltung und auch er und er bitte die Bürgerinnen und Bürger daran teilzuhaben und sich einzubringen.
Er bedankt sich für die Aufmerksamkeit.

Nr.	Wortmeldung Name und Adresse	Stellungnahme	Abschließend beantwortet	Weitere Bearbeitung/ Erledigung durch
1	<p><u>Thema: Schwimmbad in Weilimdorf</u></p> <p>Eine Vertreterin des Jugendrats Weilimdorf weist auf die im Foyer vom Jugendrat Weilimdorf verteilten gelben Plastikenten, um auf die Wichtigkeit, dem Wunsch nach einem Schwimmbad – nachdrücklich hinzuweisen. Weilimdorf sei der Stadtbezirk mit dem höchsten Anteil von Kindern und Jugendlichen. Es gebe einen hohen Bedarf an Freizeit-, Vereins- und Schulschwimmen.</p> <p>Ein Vertreter des Jugendrats Weilimdorf betont, dass Schwimmbad sei ein altes Anliegen, welches schon in der letzten Bürgerversammlung Thema war. Es sei ein tiefster Wunsch der Weilimdorfer Jugendlichen, ein Schwimmbad zu erhalten.</p> <p>Die Vertreterin wirft ein, dass Feuerbacher Schwimmbad sei nur 1½ Tage in der Woche der Öffentlichkeit zugänglich. Der Rest der Zeit wird von Schul- und Vereinsschwimmen belegt. Dies ändere sich durch die Sanierung nicht. Ein Schwimmbad in erreichbarer Nähe sei auch im Hinblick auf die teuren Fahrpreise des ÖPNV wichtig.</p>	<p>Oberbürgermeister Kuhn erklärt, der zuständige Bürgermeister Föll ist heute nicht anwesend, dafür wird Bürgermeister Wölfle antworten.</p> <p>Bürgermeister Wölfle teilt mit, der Wunsch des Jugendrats nach einem Schwimmbad ist der Verwaltung bekannt. Der Wunsch der Verwaltung sei, die vorhandenen Schwimmbäder in der Umgebung intensiver zu nutzen. Die Stadt saniere mit viel Geld das Feuerbacher Schwimmbad. Angesichts der Defizite, was die Bäderbetriebe leider produzieren, verstehe er zwar den Wunsch der Weilimdorfer nach einem eigenen Schwimmbad, allzu viel Hoffnung, dies in Bälde zu realisieren, könne er nicht machen.</p> <p>Oberbürgermeister Kuhn erklärt, der Wunsch nach einem Schwimmbad sei bei ihm angekommen und auch in seinen Unterlagen bereits enthalten. Bäder seien jedoch im Bau und auch im Unterhalt sehr teuer. Der Wunsch und die damit verbundenen Kosten müssen daher im Gemeinderat abgeglichen werden. Zusagen heute zu machen, wäre fahrlässig. Er wiederhole und bestätige nochmals, der Wunsch sei angekommen.</p>	X	

<p>2</p>	<p><u>Thema: Erhaltung des Gebäudeensemble alter Ortskern</u></p> <p>Eine Bürgerin stellt sich vor, sie spreche für die Bürgerinitiative und Verein Pro Alt Weil e.V.. Pro Alt Weil habe sich vor fünf Jahren gegründet und durch eine Unterschriftenaktion mit 2.500 Unterschriften habe ein Gespräch mit Bürgermeister Föll, Stadtrat Klingler und dem Amtsleiter Herr Zügel stattgefunden. Das Gebäudeensemble Altes Rathaus / Altes Schulhaus stelle die Identifikation der alten Weilimdorfer mit ihrer Heimat dar. Im Alten Schulhaus ist die Kindergruppe Regenbogen seit 30 Jahren. Das Haus wurde als Einrichtung für das Gemeinwesen geplant. Das Interesse an der Erhaltung dieses Gebäudeensembles sei riesig. Die Bausubstanz schreie nach Hilfe. Sie kritisiert, dass die Ämter im Verfahren die Anliegen hin und her schicken und nicht an einem gemeinsamen Runden Tisch zusammenkommen, um zu beraten, was getan werden könne. Es seien zu viele Ämter involviert. Ihr Vorschlag zum Brandschutz für die Kinder eine entsprechende Rutsche zu bauen, brachte sie bereits 2011 ein. Das Verfahren schlepe sich hin. Sie danke an dieser Stelle der Presse, dass das Thema überhaupt publik wurde. Derzeit sind 790.000 € genehmigt und abrufbar. Sie frage sich warum mit der Sanierung/Umbau nicht angefangen werde. Dass weitere Teile, wie Wasserleitungen, marode sind, wundere sie nicht, da bisher nur das Dach saniert wurde. Es werde im Moment von 2,6 Mio. € gesprochen, die für eine gründliche und ordentliche Sanierung entstün-</p>	<p>Bürgermeister Wölfle antwortet, der Erhalt des alten Ortskerns als Herzstück Weilimdorfs sei bei der Stadtverwaltung angekommen. Daran habe die Initiative einen entscheidenden Anteil. Bedauerlicherweise sei die vorgesehene Nutzung dieser Gebäude sehr kompliziert. Die Absicht die Gebäude zu erhalten und nutzbar zu machen und dies mit den baurechtlichen Vorschriften und dem Brandschutz zu vereinbaren, sei sehr schwierig. In Absprache mit der Bezirksvorsteherin und dem Bezirksbeirat hat man sich verständigt, nochmals eine Runde zur Optimierung zu machen. An der Sinnhaftigkeit, dieses Gebäude zu erhalten, und auch nutzbar zu machen, gebe es keinen Zweifel. Oberbürgermeister Kuhn ergänzt, der Wunsch nach Geschwindigkeit im Verfahren bestehe, es solle aber auch gründlich gearbeitet werden. In wenigen Monaten stehen die Haushaltsplanberatungen an, wo entschieden werde, wie die Umsetzung erfolge.</p>	<p>X</p>	
----------	--	--	----------	--

	<p>den. Sie verweist auf den Bedarf an Gemeinwesenflächen. Es fehlen Räume für Vereine und Gruppierungen, um zu tagen. Bereits 2006 habe auch das Forum Pro Alt Weil dazu Initiativen ergriffen. Allein die Frage der Klärung der Baulasten habe neun Monate gedauert. Sie informiert, das hintere Gebäude habe ein Gerüst zur Rettung der Kinder im Brandfall, welches 800 € im Monat koste. In den letzten Jahren wurden somit 50.000 € dafür aufgewendet. Hätte man früher saniert, wären diese Kosten nicht entstanden. Das Gutachten eines Architekten aus dem Jahr 2010 in Höhe von 1,6 Mio. € ist ebenfalls verschleppt, da die Bestimmungen zum Brandschutz u. a. verschärft wurden. Durch das Gewerbegebiet in Weilimdorf fließe auch ausreichend Geld der Stadt zu. Sie fordere daher für die Weilimdorfer das Gebäudeensemble wieder als Schmuckstück herzustellen.</p>			
3	<p><u>Thema: Feinstaub</u></p> <p>Eine Bürgerin teilt mit, das Thema Feinstaub gehe alle an, Jung und Alt. Sie sei geschockt, wenn sie jedes Jahr im März lese, dass die Richtwerte für Feinstaub in Stuttgart überschritten wurden. Sie fahre jeden Morgen mit der S-Bahn nach Stuttgart zur Arbeit. Sie führt aus, alle die in Stuttgart arbeiten werden buchstäblich von Feinstaub vergiftet. Sie erinnert an den 1962 umgesetzten Plan des damaligen Oberbürgermeisters Klett. Sie lasse das Argument, wir seien eine Autostadt nicht gelten. Sie bitte trotz der Lobby Daimler, Porsche und Bosch inständig darum, etwas</p>	<p>Oberbürgermeister Kuhn erklärt, seit er im Amt sei, habe er ein umfangreiches Konzept aufgelegt, um dem entgegen zu wirken. Als Beispiel nennt er die Einführung des Jobtickets in Stuttgart. Auch die Landesregierung hat sich angeschlossen und führt das Jobticket ein. Es werden weitere Maßnahmen getroffen. Die Lage sei nicht so katastrophal, wie es in den Zeitungen stehe. Denn Stuttgart habe den Jahresmittelwert beim Feinstaub an allen Messstellen unterschritten. Dies war vor drei bis vier Jahren nicht der Fall. Eine Messstelle, an der die Überschrei-</p>	X	

	<p>gegen den Feinstaub zu unternehmen. Sie schlägt die Orientierung an Großstädten wie London oder Paris vor, bei denen an bestimmten Tagen nur Auto-kennzeichen mit geraden oder ungeraden Kennzei-chen fahren dürfen. Es müsse etwas geschehen, nicht erst in fünf Jahren sondern sofort.</p>	<p>tung von 35 Tagen im Jahr überschritten werde, sei in der Neckartalstraße. Dort liegen 65 Überschreitungstage vor, von bisher 200 Überschreitungstagen. Größtes Problem in der Neckarstraße, wie z. B. auch in der Weinsteige, seien nicht die Stuttgarter Autos, sondern die Autos aus z. B. Tübingen, Reutlingen, Heilbronn und Ludwigsburg. Denn viele Pendler kommen zum Arbeiten und auch zum Einkaufen nach Stuttgart. Stuttgart versuche den ÖPNV mit regionalen Ver-kehrskonzepten auszubauen. Wir sind inso-fern auf einem guten Weg. Nicht gelten las-sen könne er, dass es keine Rolle spiele, ei-ne Autogesellschaft zu sein. Dies spiele nämlich eine große Rolle. Als Maßnahme habe er Tempo 40 an Steigungsstraßen ein-geführt. Dagegen gab es Aufstände der Au-tofahrer und zahlreiche Beschwerden. Ihm sei bekannt, dass es in Stuttgart eine Spal-tung der Gesellschaft gebe, 50 % für und 50 % gegen das Auto und den Autoverkehr. Diese Spannung sei auszuhalten und nicht durch Verbote zu entgegenen. Das beste Mit-tel gegen den Feinstaub sei die Benutzung des ÖPNV. Er stimme also zu, Verkehr auf der Straße sei eines der größten Probleme. Die Nutzung anderer Autos, des ÖPNV, von Fahrrädern und Pedelecs sowie die Einhal-tung der Geschwindigkeitsbegrenzungen ergibt zusammen eine neue Mobilität in un-serer Stadt.</p>		
--	---	---	--	--

<p>4.</p>	<p><u>Thema: Kunstrasenplatz und Sporthalle</u></p> <p>Der Vorsitzende des SG Weilimdorf stellt sich vor. Der SG Weilimdorf habe ca. 2.500 Mitglieder, von denen 60 % Kinder und Jugendliche seien. Nicht nur der SG sondern alle Vereine in Weilimdorf haben ein Platzproblem. Weilimdorf habe bei Schlechtwetterbedingungen und Dunkelheit nichts zu bieten. Die Sportplätze stünden mangels fehlender oder verstopfter Drainage unter Wasser. Daher hoffe er, dass sein Verein einen neuen Kunstrasenplatz erhalte, damit der Tennenplatz mit verstopfter Drainage ersetzt werde. Dasselbe gelte für die Saalsportarten. Die SG Weilimdorf stehe mit der Sportart Ringen in der 3. Bundesliga und ist in der Deutschen Meisterschaft gemeldet. Die Ringer-Jugend habe bei der Deutschen Meisterschaft mehrere Medaillen erhalten. Mittlerweile habe der Verein auch zwei Nationalspieler im Tennis. Er informiert, auf dem Dach der Tennishalle befinde sich eine Photovoltaik-anlage, darunter eine Strahlenheizung mit modernster Technik. Sie haben im Energiebereich erfolgreich investiert. Er kritisiert, dass Weilimdorf keine einzige Halle für den Vereinssport habe. Sie seien Untermieter in Schulsporthallen und in der Vielzweckhalle. Sie haben für die Wettkampfzeiten derzeit nur fünf von acht Terminzusagen für die Halle. Er verstehe nicht, warum die Lindbachhalle für die Bürgerversammlung heute im gesamten gesperrt wird, obwohl nur die Halle selbst genutzt werde und im unteren Bereich sehr wohl im Gymnastikraum die Balletttänzer weiter üben hätten</p>	<p>Bürgermeisterin Frau Dr. Eisenmann dankt dem Vorsitzenden des SG Weilimdorf für seine Ausführungen und erinnert an das persönliche Gespräch mit ihm vor einer Woche anlässlich der Jubiläumsfeier des SG Weilimdorf. Das Thema Kunstrasenplatz habe sich im Bürgerhaushalt glänzend platziert. Das Thema sei bei der Sportverwaltung gleichsam priorisiert. Insofern ist sie zuversichtlich, dass der Gemeinderat sich im Rahmen der Haushaltsberatungen dem Thema gründlich annimmt. Der Bedarf des SG Weilimdorf an einem Kunstrasenplatz sei unbestritten, dies zeige auch das Votum im Bürgerhaushalt und die Priorisierung des Amts für Sport und Bewegung. Das Problem des Vereinssports und der Verbandswettkämpfe habe man nicht nur im Stadtbezirk Weilimdorf, sondern in Gesamt-Stuttgart. Unbestritten ist, dass grundsätzlich mehr Hallen benötigt werden. Es liege eine positive Konkurrenz zwischen Schul- und Vereinssport vor. Dem Wunsch nach einer Vereinssporthalle im Stadtbezirk Weilimdorf steht die Finanzierung entgegen, wie bereits beim Thema Schwimmbad von Bürgermeister Wölfle erörtert. Als Schul- und Sportbürgermeisterin könne sie bestätigen, dass jede sanierungsbedingte Hallenschließung eine Belegungsproblematik verursache. Sie werde sich gerne mit dem Amt für Sport und</p>	<p>X</p>	
-----------	---	--	----------	--

	<p>können. Er wüsche mit der Stadt in einem kreativen Zirkel Ideen für eine Vereinssporthalle auszutauschen. Gerne mit privaten Geldgebern auch in Leichtbauform oder als Kalthalle. Er bitte um eine Gesprächsrunde und im Hinblick auf die eingegangenen Meldungen im Bürgerhaushalt dem Kunstrasenplatz und der Vereinssporthalle Priorität einzuräumen.</p>	<p>Bewegung zusammensetzen um eine Struktur zu entwickeln und daran zu arbeiten. In der Gesamtschau auf ganz Stuttgart werde dies jedoch bezüglich der Halle nicht einfach sein.</p>		
5.	<p><u>Thema: Flüchtlinge</u></p> <p>Eine Engagierte des Flüchtlingskreises teilt mit, das Thema Flüchtlinge begleite sie schon seit Jahren und sie danke der Stadt Stuttgart, dass sie ein Programm auflege, um es den Flüchtlingen so gut wie möglich gehen zu lassen, u.a. mit den Neubauten der Flüchtlingsunterkünfte. Sie verweist auf das Treffen zur Gründung des Flüchtlingskreises in Weilimdorf am kommenden Donnerstag mit Frau Bezirksvorsteherin Zich. Sie sei gespannt wie Weilimdorf mit der hohen Anzahl an Flüchtlingen leben werde und sie wisse, dass viele im Flüchtlingskreis die Flüchtlinge unterstützen werden. Es mache ihr Sorgen, wie die Flüchtlinge außerhalb der Betreuungszeit, z.B. am Wochenende, geschützt werden können, die in Häusern abseits untergebracht und ihres Wissens nur von Montag bis Freitag betreut werden. Sie fragt, ob eine Security-Firma für diese Zeiten beauftragt werde. Sie regt an, verbilligte Fahrscheine den Flüchtlingen auszugeben, die am Stadtrand untergebracht werden. Im Arbeitskreis Asyl wurden bereits verbilligte Fahr-</p>	<p>Bürgermeisterin Fezer schließt sich den Worten von Oberbürgermeister Kuhn an, sie sei ebenfalls dankbar für das große Engagement in Weilimdorf für die Flüchtlinge. Sie sei stolz auf die Stuttgarterinnen und Stuttgarter, was diese im Flüchtlingskreis auf den Weg bringen. In Stuttgart gebe es 800 Freiwillige, die sich für die Flüchtlinge einsetzen. Sie habe derzeit keine Bedenken, dass den Flüchtlingen Gefahr drohe. In anderen Städten und Gemeinden in Deutschland würde sie dies anders einschätzen, in Stuttgart nicht. Sie sichert zu, ein Auge darauf zu haben und die Situation zu beobachten. Bereits im Vorfeld eine Unterkunft durch einen Sicherheitsdienst rund um die Uhr bewachen zu lassen, halte sie für verfrüht. Sie werde alle Einrichtungen im Blick behalten. Durch die enge Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingskreis werde sie auch von Ehrenamtlichen informiert. Man sei daher sensibilisiert und würde einen Stimmungsumschwung, den sie sich</p>	X	

	<p>scheine vorgeschlagen. Dadurch könne im Vorfeld eine Kriminalisierung durch Schwarzfahren vermieden werden.</p>	<p>nicht vorstellen könne, sofort mitbekommen.</p>		
6.	<p><u>Thema: Fehlende Parkplätze an der Stadtbahnstation</u></p> <p>Ein Bürger bemängelt die fehlenden Parkmöglichkeiten an der Stadtbahnhaltestelle am Killesberg. Daher fahren viele ältere Menschen mittlerweile wieder mit dem Auto zum Einkaufen in die Stadt, da ihnen der Fußweg zur Stadtbahnhaltestelle zu weit sei (bis zu 1.200 m).</p>	<p>Oberbürgermeister Kuhn verweist auf die Bürgerversammlung in den einzelnen Stadtbezirken, Themen seien heute die Anliegen der Weilimdorfer.</p>	X	
7	<p><u>Thema: Mobilfunkmast im Wolfbusch</u></p> <p>Eine Bürgerin kritisiert, dass im Wolfbusch ein Mobilfunksendemast mit LTE gebaut werde. Sie fragt, ob es in Stuttgart möglich sei, Sendemasten auch wieder abzubauen. Des Weiteren möchte Sie wissen, ob es in Stuttgart ein Mobilfunkvorsorgekonzept geben werde. Da LTE noch an vielen Stellen in Stuttgart aufgebaut werde, halte sie ein Mobilfunkvorsorgekonzept für dringend erforderlich. Sie habe drei Kinder, wohne in der Nähe des Sendemastes und ihre Kinder gehen auf das Solitude-Gymnasium. Dadurch seien ihre Kinder durchgehend von den Strahlen des Sendemastes betroffen.</p>	<p>Bürgermeister Hahn führt zu dem Sendemasten aus, dass dieser zuerst zurückgestellt wurde, da eine Petition beim Landtag Baden-Württemberg lief. Mit ausdrücklicher Zustimmung des Petitionsausschusses und mit Zustimmung des Umweltministeriums wurde der Sendemast dann aufgestellt. Das bedeutet, es wurde alles geprüft. Man habe sich an der Stelle für den höheren Masten entschieden, dadurch werde die Strahlenlast gemildert. Ein Mobilfunkvorsorgekonzept ist in einer Großstadt wie Stuttgart nicht einfach zu beantworten. Stuttgart wäre die erste Großstadt mit solch einem Konzept. Die meisten Großstädte, wie z. B. München, haben davon Abstand genommen, da es eine Überforderung sei, zu entscheiden, an wel-</p>	X	

		<p>chen Stellen Masten gebaut werden und an welchen nicht. Die Möglichkeit den Sendemasten um 200 m in eine weniger bebaute Fläche zu verschieben, ist in einem Außenbezirk möglich, jedoch nicht in der gesamten Stadt. Ein Vorsorgekonzept ist im Moment nicht in Arbeit, jedoch gibt es immer wieder Ansätze. Der Lösungsweg müsste über neue Techniken gehen, wie z. B. in St. Gallen. Ob der St. Gallener Weg eine Lösung für Stuttgart wäre, könne er nicht abschließend beurteilen, da die Gegebenheiten in Stuttgart anders sind. Das Thema stehe auf der Tagesordnung, denn es sei nicht gewünscht, dass ein Sendemast nach dem anderen einfach aufgestellt werde.</p>		
8	<p><u>Thema: Tauschwald – Windräder</u></p> <p>Ein Bürger trägt vor, er sei ausgebildeter Förster und halte sich für einen Experten in Sachen Umweltschutz. Er sei gegen den Standort der Windräder im Tauschwald und sei der Meinung, Windkraft solle erzeugt werden, wo der Wind auch wirklich wehe. Er spreche als Vertreter der Bürgerinitiative und nennt folgende Gründe gegen den Standort Tauschwald: die Initiative habe 5000 Unterschriften gegen den Standort gesammelt, die Übergabe der Unterschriften erfolge an Herrn Oberbürgermeister zu einem späteren Zeitpunkt. Vom Wespenbussard, ein sehr seltener Vogel, gebe es in Baden-Württemberg 250 bis</p>	<p>Oberbürgermeister Kuhn stellt klar, dass es im Gemeinderat eine knappe Mehrheit dafür gab, dass eine immissionsschutzrechtliche, denkmalschutzrechtliche Untersuchung eintritt. Damit haben sich die Gemeinderäte nicht festgelegt, wie sie am Ende der Untersuchung abstimmen werden. Auch er behalte sich vor, am Ende der Untersuchung zu entscheiden, ob das Projekt realisiert werde. Viele Fraktionen haben mit der Maßgabe zur Ergebnisoffenheit abgestimmt. Zur Frage der Wirtschaftlichkeit führt er aus, die Stadtwerke bzw. der Aufsichtsrat habe geprüft, ob dieses Projekt wirtschaftlich sei.</p>		

	<p>300 Brutpaare. Der Wegfall von nur einem Brutpaar bedeute für ihn, dass der Bestand nicht mehr gesichert sei. Im Tauschwald gibt es zwei dieser Brutpaare. Diese seien gefährdet. In diesem Fall würde man schwer eine Ausgleichsmaßnahme finden. Auch Ausnahmen seien in diesem Fall nicht möglich. Deshalb bitte er den Oberbürgermeister bei der nächsten Abstimmung gegen diesen Standort zu stimmen. An dieser Stelle lade er Herrn Oberbürgermeister in den Tauschwald am 04.07.2015 ein, um 14 Uhr am Neuen Friedhof, er lade auch alle Gemeinderäte, Bürgerinnen und Bürger sowie die Presse dazu ein.</p> <p>Eine Bürgerin möchte wissen, warum hier in ein Landschaftsschutzgebiet eingegriffen werde und viele Hektar Wald abgeholzt werden In Stuttgart sei das Klima nicht das Beste. Durch Abholzen werden nicht nur die Stadtbezirke Botnang, Feuerbach und Weilimdorf, sondern das Naherholungsgebiet von ganz Stuttgart betroffen. Da Wald Sauerstoff erzeuge, werde durch das Abholzen die Sauerstoffzufuhr beeinträchtigt. Natürlich müssen wir die Energiewende hinkommen, aber es müssen keine Wälder gerodet werden, um Windräder zu bauen. Sie verweist auf andere Möglichkeiten, um Ökostrom zu erzeugen. Sie zitiert Herrn Oberbürgermeister aus einem vorangegangenen Interview zum Thema Grünflächen und Feinstaub.</p>	<p>Dabei flossen auch die Windgeschwindigkeiten ein, ob die Windräder an dieser Stelle rentierlich seien. Bei Unwirtschaftlichkeit würde das Projekt nicht realisiert werden. Die Frage der Wirtschaftlichkeit hängt vom Anlagentyp ab. Die Bürgerinitiative ist von einem anderen Anlagentyp ausgegangen, der in Norddeutschland überwiege. Die Stadtwerke sind von einem Anlagentyp für windärmere Gegenden ausgegangen. Darüber könne ein Austausch gerne stattfinden. Als Verantwortlicher für die Wirtschaftlichkeit sage er zu, sich über den Anlagentyp und welche Windstärken der Berechnung zugrunde liegen, zu verständigen. Danach stehe eine Verständigung zur Rechenmethode und ein Vergleich der Ergebnisse an. Hier liege ein Zielkonflikt vor. Das Thema habe klimaschutzmäßig eine hohe Relevanz. Durch die Anlagen würden 10.000 t schädliches CO² reduziert. Der Zielkonflikt bestehe darin, global zu beurteilen, was in der Region, in Europa, in der ganzen Welt entstehe. Man könne die globale Frage nicht vor Ort aussparen. An jedem Standort gebe es Diskussionen zu den naturschutzrechtlichen und immissionsschutzrechtlichen Belangen. An dieser Diskussion komme man nicht vorbei. Es sei richtig, dass für diese Anlage zwei Hektar Wald gerodet werden müssten, von denen jedoch ein Hektar zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufgeforstet werde. Er sei gerne bereit, Alternativen zu</p>		
--	--	---	--	--

	<p>Ein Bürger führt aus, nach optimistischer Rechnung können 5.000 Haushalte mit den zwei Windrädern versorgt werden, d. h. 0,83 % der Stuttgarter werden damit versorgt. Schon allein diese Zahl zeige an, dass ein Missverhältnis zwischen Aufwand und Ertrag bestehe. Der Aufwand gehe in die Millionen. Er verweist auf einen Artikel in der Stuttgarter Zeitung, der sich für Windräder ausspreche. Er halte diesen Artikel für eine PR-Aktion der Stadtwerke. Ein Windrad würde ca. 250 € im Monat an Ertrag bringen. Somit erbringen zwei Windräder im Jahr einen Ertrag von 6.000 €. Er frage sich, wie man damit ein Millionenprojekt finanzieren wolle. Das Projekt Tauschwald laufe seiner Berechnung nach auf ein dauerhaftes Defizit hinaus. Er halte dies für kaufmännisch unsinnig. Der Steuerzahler müsse dann wieder einspringen. Die Stadt Stuttgart müsse sich im Klaren sein, dass sie sich damit zu einem Verfahren wegen Untreue einließe. Jetzt sei noch Zeit, von diesem Projekt Abstand zu nehmen.</p>	<p>prüfen. Alternativen wären z. B. Solaranlagen auf 3.000 Dächern oder 60.000 Heizungspumpen, die man für die Gewinnung von Strom für 5.000 Haushalte benötige. Die Rendite würde bei den Stadtwerken für andere Projekte verwendet werden können. Nicht vergleichbar ist ein Projekt für 3.000 Haushalte bei der Förderung von Photovoltaikanlagen, da bei einzelnen Haushalten keine Investitionen für neue Projekte erwachsen. Die Stadtwerke werden auch Alternativvorschläge einreichen.</p> <p>Bürgermeister Hahn ergänzt, zu diesem Thema wurden ausführliche Gespräche mit dem Amt für Umweltschutz geführt. Weitere Untersuchungen dazu seien unabdingbar. Hierbei werden die Fragen zu einzelnen Themen, wie auch dem Wespenbussard, einzeln durchgegangen. Auch der Landschaftsschutz werde intensiv untersucht. Es werde ein Ämterumlauf erfolgen. In ca. 8 Wochen werde im Amtsblatt die Eröffnung des Verfahrens bekannt gegeben. Darüber hinaus werden nochmals Anhörungen in den Bezirksbeiräten und im Ausschuss für Umwelt und Technik durchgeführt. Die Gemeinde gibt hierbei zu den öffentlichen Belangen ihr Votum ab. Es werde Diskussionen geben, die sorgfältig durchgeführt werden. Die Landesregierung habe die Möglichkeit eröffnet, in Landschaftsschutzgebieten in be-</p>		
--	--	--	--	--

		<p>stimmten Bereichen Windräder zuzulassen. Das Landschaftsschutzgebiet werde insofern nicht im Ganzen aufgehoben.</p>		
8.1	<p>Ein Bürger aus Weilimdorf zitiert die Stadtwerke: Man könne eine schädliche Immission von ca. 10.000 Tonnen CO² vermeiden. Er fragt, wo diese Vermeidung stattfinde. Wo werde weniger Strom zugehiefert? Wer bezahle das?</p> <p>Ein weiterer Bürger aus der Bürgerinitiative gegen die Windräder verweist auf die Gutachten der NABU, wonach von diesem Standort abgeraten werde. Er befürchte, dass der Artenschutz zu wenig priorisiert werde. Es gebe einen Windatlas, nach dem ein Gebiet um so mehr zu schützen sei, je geringer der Wind wehe. Der Tauschwald sei der windärmste Standort in der Region. Er bitte um Abwägung und kritisiert, dass die Prüfung überwiegend von städtischen Ämtern erfolge und er nicht denke, dass hier eine neutrale Untersuchung stattfinde. Er wünsche sich, dass von dem Projekt Abstand genommen werde und bittet um mehr Information zu den Alternativen.</p> <p>Ein Bürger erkundigt sich nach dem Maßstab zum ökologischen Wert. Fließe hier auch die Förderung von Projekten mit ein? Desweiteren möchte er eine Stellungnahme zu den Hochrechnungen, da 2014 le-</p>	<p>Oberbürgermeister Kuhn erläutert, die Einsparung von 10.000 Tonne CO² durch die Windräder beziehe sich auf den Vergleich, was beim üblichen Strommix an CO² entstehe und wie sich dazu der Betrieb der zwei Windkraftanlagen verhält. Das heißt, es sei im Wesentlichen ein Vergleich mit Stein- und Braunkohlekraftwerken. Im deutschen Energiemix ist es keineswegs so, dass bei Einschalten der Windräder im gleichen Verhältnis Kohlekraftwerke reduziert würden. Aber in der Summe hat in den letzten 10 Jahren der deutliche Zubau von Windkraft und Photovoltaik dazu geführt, dass fossile Kraftwerke zurückgefahren werden mussten, bzw. nicht mehr rentabel sind. Der Zubau erneuerbaren Energien führt zum Rückbau fossiler Kraftwerke. Mit jedem Zubau von erneuerbaren Energien wird in der Summe der Ausstoß von CO² durch fossile Kraftwerke reduziert. Es handelt sich um eine rechnerische Größe und nicht um eine faktische, die zeitgleich geschehen könne. Zur Wirtschaftlichkeitsfrage führt er aus, dass die Berechnung solide ist. <u>Er schlägt ein gemeinsames Gespräch vor, an dem Personen der Stadtwerke, er selbst, Bürgermeisterkollegen und Vertreter</u></p>		<p>X Referat StU</p>

	<p>diglich als windarmes Jahr eingestuft wurde und Hochrechnungen angestellt wurden. Diese Hochrechnungen wurden bei der Ertragsberechnung zugrunde gelegt. Er kritisiert, dass man keine Baugenehmigung für Bauerweiterungen erhalten könne, wenn sich z.B. Salamander in einer begrenzenden Mauer befinden. Er weist auf den enormen Energie- und Dieserverbrauch für die Produktion der Windräder und den Transport hin. Dies müsse in die ökologische Bilanz auch einbezogen werden.</p>	<p><u>der Verwaltung sowie fünf bis zehn Personen der Bürgerinitiative teilnehmen können.</u> In diesem Gespräch können dann die Berechnungen erörtert werden, da Fragen zur Wirtschaftlichkeit nachvollzogen werden können. Seine Intension sei, weniger Strom zu benötigen und systematisch erneuerbare Energien aufzubauen. Daher sei er verpflichtet, hierfür alle Wege zu prüfen. Deshalb habe er im Gemeinderat zugestimmt, dieses Verfahren einzugehen. Alternativen seien für ihn, nachvollziehbare Alternativen, d.h. Vorschläge zu vergleichen, die die gleiche Menge Strom wie die Windräder erzeugen. Dies bedeutet entweder durch nachvollziehbare Einsparungen oder durch erneuerbare Energien zu ersetzen. Der Vergleich müsse nachvollziehbar sein, das heißt, es müsse sich um die gleiche Menge an Stromerzeugung handeln. Dies ersetze aber die Prüfung der Windkraft nicht. Für ganz Stuttgart sei eine Energiewende durchzuführen, insbesondere als Industriestadt auch auf Seiten der Industrie. Derzeit teilen alle dieses Ziel. Er appelliert an alle gemeinsamen Lösungen zu finden, zum einen mit Rationalität im Hinblick auf die Wirtschaftlichkeit und zum anderen mit Emotionalität im Hinblick auf den Naturschutz. Ziel ist bis 2050, dass Stuttgart Energie erzeugt, die nicht zu Lasten des Klimas gehe. Er betont, das Verfahren finde durchgängig mit Bürgerbeteiligung statt. Er freue</p>		
--	--	---	--	--

		<p>sich auf das Gespräch mit der Bürgerinitiative. Ziel ist nicht, wie verhindere ich Windräder im Tauschwald, sondern Ziel ist, wie schaffe ich erneuerbaren Strom in dieser Größenordnung.</p>		
<p>8.2</p>	<p>Ein Bürger weist auf das Windrad auf dem Grünen Heiner hin und er freue sich darüber. Dieses Windrad sei mittlerweile ein Wahrzeichen von Weilimdorf. Er sei seit langem überzeugter Gegner von Atomstrom und es müsse ein Weg gefunden werden, um Ersatz für Atom- und auch Kohleenergie zu finden. Das Argument, Windräder nur an windreichen Orten aufstellen zu können, sei weit hergeholt, da allein durch den Transport Kostenaufwände entstehen und auch Energieverluste zu verzeichnen sind. Der Strom sei, so weit es geht, auch dort zu produzieren, wo man lebe und den Strom verbrauche. Deshalb sei sein Plädoyer für die Windkraft. Er sei stolz darauf, wenn hier in Weilimdorf weitere Windkraftanlagen gebaut werden.</p> <p>Eine Bewohnerin im Wolfbusch kritisiert die Schallimmission und auch den Infraschall, der von Windrädern ausgehe. Diese Werte seien ihres Wissens nicht in die Prüfung eingegangen, da es nur eine TA-Lärm aus dem Jahre 1998 gebe. Sie fragt deshalb, inwiefern die Lärmbelastung in diesem Verfahren berücksichtigt werde. Außerdem stünden die Windräder in einer Entfernung von 450 m zu Waldheimen, in de-</p>	<p>Oberbürgermeister Kuhn weist darauf hin, dass wir durch dezentrale Standorte auch unabhängiger werden. Der Plan der Bundesregierung, im Norden Strom zu erzeugen, um diesen in den Süden des Landes zu transportieren, habe derzeit keinen großen Wert, da die Leitungen nicht gebaut werden. Viele Bürgerinitiativen verhindern den Leitungsbau. Der Bau von Windrädern sei von der jetzigen Landesregierung zentrales Thema. Deshalb müssen alle Standorte untersucht werden, weshalb man die Untersuchungen durchführen werde.</p> <p>Zu den Mindestabständen an Wohnbebauung zu Windrädern führt er aus, das Land setze hier einen Mindestabstand von 700 m fest. Die Anlage hat einen Abstand zu Weilimdorf von ca. 900 m. Es werde in Bezug auf Infraschall kaum Belastungen geben, so die Fachleute. Er sei persönlich davon überzeugt, der Infraschall mache am wenigsten Sorgen. Denn im Immissionsschutzverfahren werden die Fragen zur Schallimmission und Infraschall alle geprüft. Er spricht sich für eine Versachlichung des Verfahrens aus. Die</p>		

	<p>nen jedes Jahr Kinder ihre Ferien verbringen. Mit dem Bau der Windräder würde die Stadtranderholung in diesen Ferienwaldheimen ihr Ende finden.</p>	<p>Standorte für die Ferienfreizeiten, die sich näher am Windrad befinden, werden ebenfalls im Detail dargelegt. Die Belastung und der Zeitraum des Aufenthalts werden erhoben und in Relation gestellt werden. Er sei für jedes Argument, welches nachgewiesen sei und die Fachleute nicht entkräften können, dankbar.</p>		
9	<p><u>Thema: Bezahlbarer Wohnraum</u></p> <p>Ein Bürger führt aus, im städtischen Durchschnitt haben ca. 17 % der Haushalte Kinder. Die Entwicklung der letzten Jahre habe die öffentliche Förderung ausgegliedert. Er kritisiert, dass heutzutage diese Wohnungen privatisiert und verkauft würden und hoch spekulativ gehandelt würden. Er stelle die Frage, ob dieser niedrige Prozentsatz auch mit dem Thema „Bezahlbarer Wohnraum“ zusammen hänge.</p>	<p>Oberbürgermeister Kuhn erläutert, dies hänge von vielen Faktoren ab. Mit Sicherheit ist auch einer der Faktoren, ob entsprechende Wohnungen für Familien bestehen. Die Stadt unterstütze Familien mit dem Wiedereinstieg in den sozialen Wohnungsbau. Zudem werden beim Verkauf städtischer Grundstücke Konzeptvergaben beschlossen, das heißt, dass nicht allein nach dem Kaufpreis verkauft werde. Dies koste die Stadt Geld, so werde aber Schritt für Schritt geförderter Wohnanteil ausgebaut.</p>	X	
10	<p><u>Thema: Frage zum Text in der Einladung</u></p> <p>Eine Elternbeirätin der Engelbergschule möchte wissen, wie sie einen Textausschnitt aus der Einladung zur Bürgerversammlung verstehen solle. Sie verliest den Textausschnitt.</p>	<p>Oberbürgermeister Kuhn schlägt vor, dieses Thema bilateral mit Frau Bürgermeisterin Dr. Eisenmann und Frau Bezirksvorsteherin Zich nach der offiziellen Bürgerversammlung zu klären. Damit ist die Elternbeirätin einverstanden.</p>	X	

<p>11</p>	<p><u>Thema: Vicinalweg</u></p> <p>Ein Bürger, wohnhaft in der Grefstraße, erklärt, dass es ihm um das Naturschutzgebiet Greutterwald und den Vicinalweg gehe. Seit 50 Jahren laufe ein Durchgangsverkehr durch dieses Naturschutzgebiet. Seit 30 Jahren sei der Greutterwald Naturschutzgebiet. Gleichzeitig erfahre er von den Ausbauplänen von Porsche. Porsche wolle nicht auf das Zufahrtsrecht durch den Vicinalweg verzichten. Er möchte wissen, woran es liege, das Naturschutzgebiet nicht entsprechend schützen zu können.</p>	<p>Bürgermeister Hahn informiert, die Stadtverwaltung möchte die Straße schließen. Porsche wiederum möchte die Zufahrtsmöglichkeiten beibehalten. In diesem Bereich hat Porsche in den letzten Jahren seine Arbeitnehmer fast verdoppelt. Das heißt, hier ist eine große Entwicklung im Gange. Gegenüber eine bestehenden Straße ist die Existenz eines Naturschutzgebietes kein schlagkräftiges Argument. Es gibt viele rechtmäßige Straßen, die durch Naturschutzgebiete führen. Die Stadtverwaltung sei im Gespräch mit Porsche. Er sehe eine Chance zu Verhandlungen beim Bau des Bahndurchbruchs im Jahr 2017. Bei einer jetzigen Sperrung der Vicinalstraße würde der Verkehr höchstwahrscheinlich durch Wohngebiete in Zuffenhausen führen. Deshalb solle abgewartet werden, bis der Verkehr über Korntal über die Dürrstraße durch den Bahndurchlass abbiege. In den Gesprächen mit Porsche sei gegenseitig guter Wille, Porsche prüfe ebenfalls, wie seine Mitarbeiter zur Arbeitsstelle gelangen könnten. Zu akzeptieren sei die derzeitige Entwicklung des Standortes. Der Vertrag, den Vicinalweg zu nutzen, ist gültig.</p>	<p>X</p>	
-----------	---	--	----------	--

Stuttgart, den 26.05.2015

Schrifführer Jutta Dünkel-Mutschler